

## **CVP 3-Königspressegespräch vom 7. Januar 2010**

---

**Gerold Lauber, Stadtrat**, Vorsteher Schul- und Sportdepartement, Zürich

### **Bildungspolitik: Ideologie darf nicht Schule machen**

Wieder und wieder stand die Schule in den letzten Monaten im Fokus der medialen Berichterstattung. Parteien jeglicher Couleur haben sich inzwischen der Bildungspolitik verschrieben. An Bildungsexperten mangelt es uns in der Tat nicht. Natürlich, wir alle haben mit der Schule unsere Erfahrungen gemacht. Jede und jeder kann also mitreden. Viele fühlen sich nun aber auch befähigt, sich medial in die Diskussion einzubringen. Ich meine hier nicht einmal die bekannten Kinderärzte und Jugendpsychologen. Und es wird so bleiben. Denn in der Schuldebatte geht es um Werte. Unsere Schule ist nicht irgendeine Bildungsanstalt, sondern eben eine Schule des Volkes. Da sollen auch alle ihre Meinung einbringen. Als Vorsteher der grössten Schweizer Volksschulgemeinde freut mich diese Debatte. Denn wir streiten doch meist über Dinge, die uns am Herzen liegen.

Es wird aber dann gefährlich, wenn wir nur noch Ideologisches und kaum mehr Fakten hören. Die ideologisierte Debatte nützt vielleicht der parteipolitischen Profilierung. Der Schule schadet sie aber. Mit weinenden Kindern hat die SVP erfolgreich gegen das HarmoS-Konkordat Stimmung gemacht. Diese Plakate sind Sinnbild für die Art der politischen Diskussion: Angstmacherei auf Kosten von Bildungsqualität. Kaum sind die Schulreformen in der Umsetzung, zeigen sich am bildungspolitischen Horizont immer wieder neue atmosphärische Störungen. Bereits seit längerem geistert das Gespenst der Bildungsbükratie durch die Polit- und Medienlandschaft. Mit dem rhetorischen Zweihänder auf sogenannte «Bildungsbükraten» einzuschlagen, scheint mir aber wenig ergiebig. Denn für Schulreformen sind die Zeiten nie ideal. Aber Reformen sind nötig, wenn die Schule gesellschaftlichen Realitäten entsprechen und den Kindern und deren Eltern gerecht werden soll.

Lassen Sie mich in aller Kürze darlegen, wo die Schulreform in der Stadt Zürich heute steht und welche bildungspolitischen Debatten sich in der Stadt abzeichnen.

Wir sind dabei, den wohl grössten Reformprozess in der 175-jährigen Geschichte der Zürcher Volksschule zu vollziehen. Das neue Volksschulgesetz bildet dafür den gesetzlichen Rahmen. Es wurde im Juni 2005 mit einem Stimmenanteil von gut 70 Prozent von den Stimmbürgerinnen und Stimmbürgern des Kantons angenommen. Die Reformen sind also nicht von irgendwelchen Bildungsbürokraten in Eigeninitiative lanciert worden, sondern entsprechen dem Willen des Stimmvolkes. Kernelemente der Volksschulreformen im Kanton Zürich sind die integrative Förderung, die Neugestaltung der Sekundarschule und die gesetzliche Verpflichtung, ein bedarfsgerechtes Angebot an schulischen Betreuungsplätzen bereitzustellen. Die Stadt Zürich war gemäss dem kantonalen «Roll-out-Plan» verpflichtet, die Reformen auf dieses Schuljahr hin flächendeckend einzuführen.

Die grösste Herausforderung für das Schulpersonal - aber auch für die Schüler und deren Eltern - bildet aus meiner Sicht die integrative Förderung. Diese verlangt, dass alle Schülerinnen und Schüler nach Möglichkeit in einer Regelklasse unterrichtet werden. Die Kleinklassen werden aufgehoben und auch die Sonderschülerinnen und -schüler sollen, wenn möglich, in die Regelklassen integriert werden. Was in vielen Ländern Europas bereits bekannt ist, wird nun also auch im Kanton Zürich die Regel.

Der Befürchtungen vor der Einführung waren viele. Einige haben sich in den ersten Monaten bestätigt. Ein Problem stellen fehlende Heilpädagoginnen dar, die die Klassenlehrpersonen im Unterricht unterstützen könnten. Schwierigkeiten bereitet uns auch die Rollenklärung: Wer hat welche Rolle im Klassenzimmer? Wie muss die Zusammenarbeit genau organisiert sein? Solche Fragen waren aber absehbar. Und sie sind lösbar. Denn Rückmeldungen aus der Schule zeigen: Die Bereitschaft zur integrativen Förderung ist weiterhin gross. Die meisten Schulen haben erkannt, wie wertvoll die Zusammenarbeit in den verschiedenen Teams sein kann. Wie die drei Weisen aus dem Morgenland zur Hütte gelangen und dem Christkind ihre Gaben überbringen konnten, weil sie sich auf einen gemeinsamen

Stern einigten, dem sie dann folgten, so gelangen auch Lehrpersonen, Heilpädagoginnen und Betreuungspersonen an ihr Ziel, wenn sie sich über ihre gemeinsame Arbeit austauschen. Dann passieren gute Dinge für die Schule. Die integrative Förderung ist der richtige Weg.

Auch im Bereich schulischer Betreuung sind wir gut unterwegs. Das Volksschulgesetz verpflichtet uns, jedem Schulkind mit Bedarf einen Betreuungsplatz anzubieten. Mit der ersten «Ausbaustrategie» stiessen wir bald an unsere Grenzen. Seit letztem Frühling setzen wir im Schul- und Sportdepartement daher auf sogenannte «lokale Konzeptionen». Jede Schule entwickelt ein eigenes, auf ihre Bedürfnisse ausgerichtetes Betreuungskonzept. Federführend sind dabei die Schulleitungen und die Leitungen Betreuung. Die neue Strategie hat zwei entscheidende Vorteile: Erstens werden die Parallelstrukturen, hier Unterricht, dort Betreuung, aufgelöst und in einem Lebensraum Schule integriert. Zweitens haben wir mit Hilfe der neuen Strategie das Betreuungsangebot in der Stadt Zürich stark ausgeweitet. So konnte die Warteliste bis zu den letzten Herbstferien um satte 60 Prozent abgebaut werden. Ich bin überzeugt, dass wir dank dieser angepassten Strategie bald schon unseren gesetzlichen Auftrag erfüllen.

Ein weiteres wichtiges Element des neuen Volksschulgesetzes ist die Schülerpartizipation und die Elternmitwirkung. Seit diesem Schuljahr sind alle Schulen verpflichtet, für die Schülerinnen und Schüler, aber auch für die Eltern, Gefässe zur Mitwirkung zu schaffen. Beide Formen der Partizipation liegen mir am Herzen. Denn nur wer mitreden kann, übernimmt auch Verantwortung. In den meisten Schulen der Stadt Zürich sind mittlerweile sowohl für Eltern als auch für die Schulkinder entsprechende Gremien geschaffen worden. Mir war es aber wichtig, dass ich auch auf städtischer Ebene einen direkten Draht zu den Eltern habe. Daher habe ich beschlossen ein Elternkontaktgremium ins Leben zu rufen. Die Elternkonferenz der Stadt Zürich hat an ihrer Versammlung aus jedem Schulkreis zwei Delegierte gewählt. Seit über einem Jahr treffe ich mich mit diesen Vertretern jährlich zu drei Sitzungen. Dieser Austausch ist hilfreich: Ich fühle auf unkomplizierte Weise den Puls der Eltern und sie werden von Betroffenen zu Beteiligten. Solche Gefässe sind wohl nicht nur in der Stadt Zürich sondern im ganzen Kanton wünschenswert.

Die Volksschulreform bedeutet aber auch Behörden- und Verwaltungsreform. Wir brauchen eine Behörden- und Verwaltungsstruktur, welche künftigen Anforderungen gerecht wird. Gemeinsam mit der Präsidentinnen- und Präsidentenkonferenz der Stadt Zürich habe ich daher den Auftrag zu einer Evaluation der Behörden- und Verwaltungsstrukturen im Volksschulwesen der Stadt Zürich in Auftrag gegeben. Über die konkreten Ergebnisse werden wir noch diesen Monat die Öffentlichkeit informieren. So viel bereits vorweg: Die von Ernst & Young und der Pädagogischen Hochschule Zürich erarbeitete Analyse hat Verbesserungspotential eruiert. Das betrifft im Speziellen den Bereich der Schnittstellen zwischen Verwaltung, Schulpflegen und Schulleitungen. Fortschritte könnten vor allem durch eine verbesserte Kompetenzaufteilung zwischen Schul- und Sportdepartement und der Präsidentinnen- und Präsidentenkonferenz bzw. den Kreisschulpflegen erzielt werden. Umstritten ist auch das Milizsystem: Mitglieder und Präsidien der Kreisschulpflegen werden durch das Volk gewählt. Das hat Vor- und Nachteile: Einerseits hält man uns Laien zu Gute, wir würden eher das machen, was das Volk von uns will und wir seien billiger. Andererseits höre ich auch, Professionelle seien zeitgemässer und effizienter. Wie dem auch sei: unsere Weisen und Könige werden hier mit Sicherheit noch länger debattieren, welchem Stern zu folgen sei. Die Analyse wird uns diesbezüglich wertvolle Empfehlungen geben.

In der Stadt Zürich rückt der Wahlkampf immer näher. Bildung und Familie sind beliebte Themen. Die SP forderte unlängst die Abschaffung der Hausaufgaben. Bildungsnahe Eltern könnten dank der Mithilfe bei den Hausaufgaben ihren Kindern einen zusätzlichen Vorteil verschaffen. Das sei schlecht für die Chancengleichheit. Sofort wirft die Rechte der Linken vor, sie favorisiere in ihrer chancengleichen Wunschwelt eine leistungsfeindliche Kuschelpädagogik. Die Linke bezichtigt die Rechte im Gegenzug eines elitären Bildungsdünkels. Ich wiederhole mich: Solche Diskussionen schaden letztlich der Schule. Chancengerechtigkeit bedeutet für mich im schulischen Kontext vor allem, dass wir keine Diskriminierung dulden dürfen und dass unser Bildungssystem durchlässig sein soll. Denn weder die Schule noch aufwändige Therapien können letztlich wettmachen, was an Chancen ungleich verteilt ist. Hier muss man vorher, also mit gezielter Frühförderung ansetzen. Frühförderung, vor allem

benachteiligter Kinder, ist aber eine Querschnittsaufgabe. Das kann die Schule nicht bewältigen. Es braucht die ganze Stadt Zürich. Wir haben deshalb eine gesamtstädtische Strategie "Frühförderung" formuliert. Diese werden wir anlässlich einer Medienkonferenz Anfang Februar gemeinsam mit dem Sozialdepartement der Stadt Zürich vorstellen.

Ende November des letzten Jahres hat die Bildungsdirektion eine Vernehmlassung zum sonderpädagogischen Konzept für den Kanton Zürich lanciert. Das Ziel ist ein hehres: Das Konzept soll die Regelschulen bei der integrativen Sonderschulung durch Umlagerungen aus dem Sonderschulbereich stärken. Der Tendenz, immer noch mehr Sonderschüler zu produzieren, muss Einhalt geboten werden. Einverstanden. Im zweitletzten Satz der entsprechenden Medienmitteilung wird dann aber erwähnt, dass die Finanzlage den Kanton zwingt, kurz- und mittelfristig Kosten in der Höhe von 17 Millionen Franken einzusparen. Eine bekannte Logik: Der Kanton gibt die Rahmenbedingungen vor, die Kosten sollen die Gemeinden tragen. Ich kann mich auch hierzu nur wiederholen: Integrative Förderung darf keine Sparübung sein! Denn integrative Förderung ist das zentrale Anliegen des neuen Volksschulgesetzes. Diese vielleicht wichtigste Reform der Geschichte der Zürcher Volksschule wird Schiffbruch erleiden, wenn wir die Anstrengungen unseres Schulpersonals zu Sparzwecken missbrauchen.

Deshalb abschliessend noch ein Wort zu den Schlüsselpersonen dieser Reform, unseren Lehrpersonen. Nachdem eine Studie des Lehrerverbandes LCH nachwies, dass viele Lehrerinnen und Lehrer massiv Überstunden leisten, hagelte es geharnischte Reaktionen. Von Ferientechnikern und «Dauer-Jammeri» war die Rede. Die Bildungsdirektion kommentierte, die Unterrichtsvorbereitung der Lehrpersonen sei eben nicht effizient genug. Nun, bestimmt gibt es auch bei den Lehrern solche und solche. In welcher Berufsgattung ist das nicht so? Aber Hand aufs Herz: Die drei Könige mussten nur einem Stern folgen, um zum Ziel zu gelangen. Von Lehrpersonen aber verlangen wir, dass sie, wie Wolf Müller-Limmroth treffend schrieb, "eine Wandergruppe mit Spitzensportlern und Behinderten bei Nebel durch unwegsames Gelände in nord-südlicher Richtung führen, und zwar so, dass alle bei bester Laune und möglichst gleichzeitig an drei verschiedenen Orten ankommen" (1988). Unsere Lehrer verdienen die Rolle als

Prügelknaben der Nation nicht. Diese Tendenz führt dazu, dass sich gerade die Fähigsten abwenden, die wir für eine gute Schule dringend brauchen. «Lehrer sein» muss wieder zur Option für unsere Elite werden. In anderen Regionen gelingt das. Und es werden auch hierzulande nicht Ideologien sein, die diese Personen in den Lehrberuf führen. Schon eher verlässliche Perspektiven.